

Was ist passiert?

Die Auswirkungen von COVID-19 und der humanitären Reaktion auf die Pandemie auf die Sicherheit von Frauen und Mädchen

International Rescue Committee, Oktober 2020



Zusammenfassung

Als das Ausmaß der Corona-Krise im Frühjahr 2020 deutlich wurde, schlugen Frauenrechtsaktivist*innen und Expert*innen für geschlechtsspezifische Gewalt weltweit Alarm, dass die Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit Frauen und Mädchen gefährden würden. Bereits seit Anfang März 2020 wurde in den Medien regelmäßig darüber berichtet, dass Frauen und Mädchen, die mit den Personen, die sie misshandeln zuhause isoliert sind, einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt sind und große Schwierigkeiten haben lebensrettende Unterstützung zu suchen.¹ Die Verbindung zwischen den Einschränkungen infolge der Pandemie und Gewalt gegen Frauen und Mädchen wurde auch im humanitären Sektor bald ein Thema.² Gewalt gegen Frauen und Mädchen erhielt als sogenannte „Schattenpandemie“ der Corona-Krise eine nie zuvor dagewesene Aufmerksamkeit. Sogar UN-Generalsekretär António Guterres rief am 6. April 2020 weltweit zum „Frieden zu Hause“ auf und appellierte an Staaten „Frauen und Mädchen ins Zentrum der Bemühungen gegen die Corona-Pandemie“ zu stellen.³

Zehn Monate nach dem erstmaligen Auftreten von COVID-19 hat IRC untersucht, wie die Krise Frauen und Mädchen beeinträchtigt hat, die in humanitären Notlagen leben, und inwiefern die humanitäre Reaktion auf COVID-19 ihren Bedürfnissen und ihrer Sicherheit Rechnung getragen hat. In diesem Bericht kommen 852 Frauen und Mädchen aus 15 afrikanischen Ländern in Ost- und Westafrika sowie der zentralafrikanischen Region der Großen Seen zu Wort, die in einigen der weltweit am schlechtesten finanzierten und vergessenen humanitären Krisen leben. Neben ihren Erfahrungsberichten wurden 25 Expert*innen aus der Nothilfe befragt, die im Kontext von COVID-19 in Krisenkontexten, Programme zur Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt (Gender-Based Violence, GBV) und der Unterstützung von Überlebenden an die neue Situation angepasst haben um Dienstleistungen aufrechtzuerhalten.

Vermehrte Gewalt gegen Frauen und Mädchen während der Pandemie

Diese umfangreichen Konsultationen bestätigen, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen, insbesondere Gewalt in der Partnerschaft, im Zuge von COVID-19 zugenommen hat. In allen drei Regionen Afrikas berichten 73 % der befragten Frauen von mehr Gewalt durch Intimpartner und 51 % von sexualisierter Gewalt; 32 % der Frauen konnten in ihrem Umfeld außerdem einen Anstieg von Frühverheiratungen und Zwangsehen beobachten. Ein spezielles Risiko für vermehrte Gewalterfahrungen stellt der erhöhte Wasserbedarf aufgrund der neuen Hygienemaßnahmen dar, der Frauen und Mädchen zwingt vermehrt Wasser für ihre Haushalte zu holen. 31 % der befragten Frauen berichten von sexualisierter Gewalt und Übergriffen auf dem Weg zu den Wasserstellen, 21 % der Frauen von Übergriffen an den Wasserstellen.

Wenn Worten keine Taten folgen

Obwohl Gewalt gegen Frauen und Mädchen in der Pandemie viel politische Aufmerksamkeit erhalten hat, sind diesen Worten bisher nur unzureichende Taten und vor allem finanzielle Ressourcen zum Schutz von Frauen und Mädchen gefolgt. Die ersten Monate der Krisenreaktion haben gezeigt, dass viele Mitglieder des humanitären Systems die Lehren der Ebola-Krisen in Westafrika und in der Demokratischen Republik Kongo nicht angewandt haben. Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Gesundheitskrisen sollten von der frühesten Krisenreaktion an angemessen mitgedacht werden. Trotz schneller und koordinierter politischer Anwaltschaft innerhalb der internationalen Gemeinschaft, war die Finanzierung für GBV Programme weder ausreichend um Bedarfe zu decken, noch wurden diese in der Zuteilung von Mitteln verhältnismäßig berücksichtigt. Auch bietet der UN COVID Hilfsplan (Global Humanitarian Response Plans (GHRP)) keinerlei Rechenschaftsmechanismus um diese mangelnde



Francine Mugabo, Assistentin für Psychosoziale Unterstützung, in ihrer Organisation Tupendane in Nord Kivu, DRC. Kellie Ryan/IRC

Berücksichtigung zu korrigieren. Gerade einmal 0,48 % des im GHRP genannten Finanzierungsbedarfs bezogen sich auf GBV-Maßnahmen.

Auch wurden finanzielle Mittel für GBV-Programme teilweise wieder zurückgezogen oder an anderen Stellen zur Infektionsprävention eingesetzt. Weder in der Schwerpunktsetzung der Geber, noch in den Anträgen von Hilfsorganisationen wurden die Sicherheit und Bedürfnisse von Frauen und Mädchen angemessen priorisiert. Während viele Geber derzeit davon ausgehen, dass ein Teil ihrer flexiblen Finanzierung der GBV-Prävention und -Reaktion zugutekommt, reflektieren die tatsächlichen Finanzierungsentscheidungen diesen Erwartungen in den seltensten Fällen. Infolge bleiben GBV-Programme weiterhin chronisch unterfinanziert.

Aufrechterhaltung lebensrettender Dienstleistungen

Um dem zu erwartenden Anstieg von häuslicher Gewalt zu begegnen, hat die GBV Expert*innengemeinschaft eine Reihe neuer Richtlinien und innovativer Konzepte veröffentlicht⁴ - eine bisher beispiellose organisationsübergreifende und überregionale Zusammenarbeit. Während Unterstützungsangebote in den in diesem Bericht berücksichtigten Ländern häufig nach wie vor zur Verfügung standen, war der Zugang zu ihnen jedoch aus unterschiedlichen Gründen oftmals erheblich beeinträchtigt. Beispielsweise ist der Transport durch die Pandemie teurer und komplizierter geworden, weil viele klassische Transportmöglichkeiten keinerlei physische Distanz für Passagiere ermöglichen. Auf die Frage, warum GBV-Überlebende keine Hilfe in Anspruch nahmen, begründeten 56 % der betroffenen Frauen dies in erster Linie mit der Angst, als Überlebende erkannt und stigmatisiert zu werden. Die erheblichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die damit verbundene Überwachung durch Checkpoints und Gemeindeoberhäupter haben diese Ängste noch verschlimmert.

Mangelnde Beteiligung lokaler Frauengruppen

Frauengruppen, die direkt in ihren Gemeinden arbeiten, waren zentral um essenzielle Hilfsleistungen aufrecht zu erhalten. Allerdings wurde diese Rolle selten entsprechend anerkannt und unterstützt. Viele dieser Gruppen finanzieren ihre Aktivitäten selbst durch kleingewerbliche Aktivitäten. Durch die Corona-Krise haben sie häufig den Zugang zu Märkten und damit ihre Einkommensmöglichkeiten verloren. Trotz allem wurden sie nach Angaben der befragten Expert*innen nur selten bei der Verteilung von Schutzkleidung und anderer Unterstützung berücksichtigt. Die extrem kurzen Zeiträume, die für die humanitäre Planung veranschlagt wurden, ließen außerdem kaum Raum für Konsultation mit diesen Frauengruppen.

Auf die Frage, wie mehr Sicherheit in den Gemeinden und beim Zugang zu Dienstleistungen gewährleistet werden kann, riefen die befragten Frauen in erster Linie dazu auf, GBV-Dienstleistungen auch in der Krise aufrecht zu erhalten, indem diese an die neuen logistischen Herausforderungen durch COVID-19 angepasst werden. Die Befragten unterstrichen außerdem die Notwendigkeit sich bei den lokalen Autoritäten für mehr Sicherheit in den Gemeinden einzusetzen, um den sicheren Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu ermöglichen. Darüber hinaus rieten sie zu einem stärkeren Fokus auf die wirtschaftlichen Auswirkungen, die die Pandemie auf ihre Existenzgrundlage hat. Die komplette Liste der Empfehlungen der befragten Frauen finden Sie auf Seite 24 im englischen Bericht. Im Lichte der Beschlüsse des World Humanitarian Summits und des Global Refugee Forum, den Stimmen Geflüchteter und Vertriebener größere Aufmerksamkeit zu schenken, können Regierungen und internationale Organisationen die Perspektiven betroffener Frauen in diesem und anderen Berichten nicht ignorieren.⁵

Empfehlungen

Die Ergebnisse dieses Berichts unterstreichen einmal mehr wie wichtig die aktive Beteiligung von Frauenrechtlerinnen, Ersthelferinnen und Frauengruppen in den Gemeinschaften ist. Sie sind zentral um lebensrettende Hilfsangebote aufrechtzuerhalten und ihre Rolle muss entsprechend anerkannt, unterstützt und finanziert werden. Geber sollten ihren Worten Taten folgen lassen und ihre Finanzierung für GBV-Programme in humanitären Hilfsplänen in den akuten Phasen der Pandemie und auch des Wiederaufbaus erhöhen. Um die Rechenschaftspflicht gegenüber Frauen und Mädchen in humanitären Krisensituationen zu stärken, sollten Mittel möglichst flexibel, transparent und nachvollziehbar bereitgestellt werden. Abschließend untermauert der Bericht die Notwendigkeit einer Reform des humanitären Systems, um feministische Ansätze zu stärken, die die Relevanz von Geschlechtergleichheit und das Recht auf ein Leben ohne Gewalt in allen Phasen der Planung und Implementierung der Krisenreaktion anerkennen.



Ein Mitglied der von IRC unterstützten Frauengruppe Tupendane auf dem Land, dass die Gruppe in Nord Kivu, DRC bewirtschaftet. *Kellie Ryan/IRC*

¹ Ein kleiner Auszug: <https://www.axios.com/china-domestic-violence-coronavirus-quarantine-7b00c3ba-35bc-4d16-afdd-b76ecfb28882.html>; <https://www.nytimes.com/2020/04/06/world/coronavirus-domestic-violence.html>; <https://time.com/5803887/coronavirus-domestic-violence-victims/>

² Quellen zu den Berichten und Richtlinien können hier eingesehen werden: <https://gbvguidelines.org/cctopic/covid-19/>

³ <https://news.un.org/en/story/2020/04/1061052>

⁴ Eine Übersicht verfügbarer Tools und Anleitungen für Programme kann hier eingesehen werden: https://gbvaor.net/thematic-areas?term_node_tid_depth_1%5B121%5D=121

⁵ Siehe zum Beispiel CARE 2020 „She told us so“ oder Plan International 2020 „Halting lives: The impact of covid-19 on girls“.